

3 Analog-TV wird im März abgeschaltet
Fernsehen ist dann nur mehr über das digitale Signal möglich.

9 Die fünfte Jahreszeit ist voll im Gange
Noch vor 25 Jahren wurde die Fasnacht vielerorts abgesagt.

17 Weltcupslalom in Flachau
Rebecca Bühler auf Rang 60
Triesenbergerin kam nicht auf Touren



Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Samstag, 16. Januar 2016
139. Jahrgang Nr. 11

Heute

Närrische Zeit
Möschtgügeler laden zum Trisunaball



Im Triesner Gemeindesaal wird heute ab 20 Uhr der Trisunaball gefeiert. Insgesamt sechs Guggamusiken (Wildmandli, Törmleguger, Plunderhüesler, Röfischrenzer, Tuarbaguger, Moschtgügeler) und eine Partyband (Supreme) bespassen die Besucher.

Zitat des Tages



«Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht.»

FRANZ MÜNTEFERING
DER EHEMALIGE DEUTSCHE
VIZEKANZLER (SPD) FEIERT HEUTE
SEINEN 75. GEBURTSTAG.

volksblatt.li

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf www.volksblatt.li.

Wetter Trüb mit wiederholtem und teils intensivem Schneefall. Seite 29 **-1° 0°**

Damoklesschwert und Chance für den Standort Liechtenstein

Hintergrund Hinter der Abkürzung BEPS stehen Massnahmen der OECD gegen die Aushöhlung des Steuersubstrates und die Gewinnverschiebung. Hierzulande befassen sich bereits Experten mit dem Thema, das sonst zum Problem werden könnte.

VON HOLGER FRANKE

«Dass wir wegen substanzloser Briefkästen wieder in die Schlagzeilen geraten, ist nicht der Fall, wenn wir uns der BEPS-Themen annehmen. BEPS ist aber - und das ist wichtig für das Verständnis - eine Aktion gegen legale Steuerpraktiken und dreht sich um die Themen Transparenz und Substanz mit Fokus auf die multinationalen Konzerne», verdeutlicht Fachjurist Marcello Scarnato gegenüber dem «Volksblatt». Im Jahr 2013 stellte die OECD besorgt fest, dass rund 100 bis 250 Milliarden US-

Dollar jährlich an Ertragssteuern weltweit verloren gehen. Die Reaktion liess nicht lange auf sich warten: 2014 hat die OECD das BEPS-Projekt angeschoben. Laut Scarnato ist BEPS für Liechtenstein die Wahl zwischen zwei Übeln: «Nicht adaptieren und damit unweigerlich auf weiteren schwarzen Listen landen oder adaptieren und sich dadurch einen weiteren administrativen Mehraufwand aufbürden.» Keine wirkliche Wahl, auch

wenn das BEPS-Grundkonzept angeblich nur sehr wenige Konzerne im Land betrifft. Die Notwendigkeit zu handeln wurde allerdings bereits schon lange erkannt, nicht zuletzt durch die Einsetzung einer BEPS-Arbeitsgruppe durch die Regierung. «Besteuern, wo die Substanz ist», lautet vereinfacht das Motto, oder noch einfacher ausgedrückt, dort, wo die rauchenden Schornsteine stehen. «Hier ist Liechtenstein schon sehr

gut aufgestellt. Im tertiären Sektor, also dem Dienstleistungsbereich hingegen hat es platzmässig schon noch Luft nach oben. Dies zeigen auch die vielen Leerstände in Büro- und Wohngebäuden.»

Moderate Öffnung ins Spiel gebracht

Für mehr Substanz bräuchte es also entsprechende Firmen, die sich hier ansiedeln. Doch in diesem Zusammenhang stellen sich dann schnell weitere Fragen: «Ohne Zuzug kein langfristiges Wachstum.» Damit packt Scarnato ein heisses Eisen an.

Interview Seite 5

«Für Liechtenstein ist BEPS die Wahl zwischen zwei Übeln.»

MARCELLO SCARNATO
FACHJURIST FÜR STEUERRECHT



Keine Asylauswahl Österreich will mehr Flüchtlinge abweisen

Österreich will ab Ende kommender Woche nur noch Flüchtlinge durchreisen lassen, die in Deutschland Asyl beantragen wollen. «Jene, die weiterziehen wollen, werden zurückgewiesen», kündigte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner an. Auf dem Foto: Eine Flüchtlingsfamilie wird nach ihrer Ankunft in Villach nach Deutschland weitertransportiert. (Foto: RM) Seite 12

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur



www.volksblatt.li

Masernalarm Verdachtsfall in Kindertagesstätte nicht bestätigt

VADUZ Am Mittwoch, den 13. Januar 2016, hat das Amt für Gesundheit die Meldung über einen Masernverdachtsfall in einer Kindertagesstätte erhalten. Glücklicherweise hat sich der Masernverdacht als unbegründet herausgestellt, wie das Amt für Gesundheit am Freitag mitteilte. Laboranalysen hätten ergeben, dass die betroffene Person nicht an Masern erkrankt ist. Die Kontrolle der Impfausweise hat bestätigt, dass nahezu alle Kontaktpersonen gegen Masern geimpft sind (sogenannte MMR-Impfung gegen Masern/Mumps/Röteln). Dies widerspiegelt die bekannte hohe Durchimpfungsrate von über 95 Prozent im Land. Der Hintergrund: Bei der betroffenen Person trat am vergangenen Montag im Verlauf des Tages in der Kita ein Ausschlag auf. Am darauffolgenden Tag äusserte der aufge-

suchte Arzt den Verdacht auf Masern, der nun jedoch entkräftet ist.

Notwendige Schritte

Wie das Amt weiter mitteilte, wurden die Impfausweise aller direkten Kontaktpersonen - Kinder, Kita-Personal und Angehörige - kontrolliert. Zwei willentlich nicht geimpfte Kinder wurden bis zur Bestätigung, dass es sich nicht um Masern handelt, vom Kita-Besuch ausgeschlossen. Für Schulkinder oder Lehrpersonen bestand dabei kein Anlass zur Sorge, wie es zum Schluss heisst, da weder die erkrankte Person noch die beiden ungeimpften Kinder Kontakt zu Schulkindern hatten. Mit Masern anstecken kann man sich nämlich nur durch direkten engen Kontakt mit einer erkrankten Person. (pd)

Weitere Infos unter www.stopmasern.li

Volkszählung 2015

Rund vier Fünftel haben teilgenommen

VADUZ Bisher haben etwa vier Fünftel der Bevölkerung den Fragebogen zur Volkszählung abgegeben, wie Wilfried Oehry, der Leiter des Amtes für Statistik, auf «Volksblatt»-Anfrage informierte. Obwohl die Abgabefrist am 8. Januar abgelaufen ist, können die Fragen weiterhin per Post oder im Internet abgegeben werden. Letzteres nutzte knapp ein Drittel der Teilnehmer. «Viele wichtige Informationen über Liechtenstein haben wir nur dank der Volkszählung. Daher ist es wichtig, dass alle Einwohner den Fragebogen vollständig ausfüllen», betont Oehry. Ende Januar werden deshalb Erinnerungsschreiben versandt. Bei der letzten Volkszählung 2010 betrug die Rücklaufquote 98 Prozent. Oehry ist zuversichtlich, dies auch dieses Mal zu erreichen. (df)

Inhalt

Inland	2-10	Kultur	27+28
Ausland	12	Kino/Wetter	29
Wirtschaft	13-16	TV	30+31
Sport	17-24	Panorama	32

Fr. 2.50 www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

Weniger Seiten, mehr Inhalt: Das «Volksblatt»

Volksblatt
Im alten Riet 103
FL-9494 Schaan
+423 237 51 51
www.volksblatt.li

Schwerpunkt Das OECD-Programm BEPS

Marcello Scarnato: «Für Liechtenstein ist BEPS die Wahl zwischen zwei Übeln»

Interview Der internationale Kampf gegen die - noch - legale Steueroptimierung ist in vollem Gange. Liechtenstein steht derzeit nicht im Fokus, aber das könnte sich ändern, falls nicht gehandelt würde. Daraus ergeben sich aber auch Chancen, wie Fachjurist Marcello Scarnato im Gespräch verdeutlicht.

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Base Erosion and Profit Shifting - kurz BEPS - klingt für Nicht-Steuerexperten unverständlich. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff?

Marcello Scarnato: Bei dem OECD-Programm handelt es sich um Massnahmen gegen die Aushöhlung des Steuersubstrates und die Gewinnverschiebung. Grundkonzept ist, dass global tätige Firmen dort Steuern zahlen sollen, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Wenn Amazon also beispielsweise in Deutschland ein Logistik- und Verteilerzentrum betreibt, dann ist dort die operative Substanz und es sollen auch dort die Gewinnsteuern bezahlt werden und nicht z. B. in Irland, wo das Unternehmen keine substanzhaltige Niederlassung hat. Staaten wie diese müssen sich aktuell den Vorwurf der aggressiven Steuer- und Ansiedlungspolitik gefallen lassen.

Bekämpfung von Steuerumgehung, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind Begriffe, die bei dieser Diskussion häufig fallen. Das sind Begriffe, die hierzulande böse Erinnerungen an längst vergangene Zeiten hervorrufen. Besteht die Gefahr, dass sich Liechtenstein wieder an einem Pranger vorfindet?

Mit der Erklärung von 2009 und der Totalrevision des Steuergesetzes, das seit 2011 in Kraft ist, hat unser Land den konsequenten Weg in die internationale Steuerkonformität begangen. Dass wir wegen substanzloser Briefkästen wieder in die Schlagzeilen geraten, ist nicht der Fall, wenn wir uns der BEPS-Themen annehmen. BEPS ist aber - und das ist wichtig für das Verständnis - eine Aktion gegen legale Steuerpraktiken und dreht sich um die Themen Transparenz und Substanz mit Fokus auf die multinationalen Konzerne.

Um was geht es der OECD konkret? 2013 stellte die OECD besorgt fest, dass rund 100 bis 250 Mrd. USD jährlich an Ertragsteuern weltweit verloren gehen, 2014 hat sie das BEPS-Projekt angeschoben. Motivation war auch, dass nicht genau festgestellt werden konnte, wie die einzelnen Länder ihre jeweilige besondere Steuerpraxis handhaben. Das Beispiel Luxleaks zeigt, wie argumentiert wird: Luxemburg beteuert, mit seinem zuvorkommenden Steuerregime für Grosskonzerne gegen keine Gesetze verstossen zu haben. Weil die Eindämmung dieser Praktiken aber schwierig ist, verlagerte sich die Diskussion der EU/OECD bald einmal auf die moralische Ebene. Konkret wurde nun ein Katalog von 15 Massnahmen ins Leben gerufen. Diese umfassen die digitale Wirtschaft, gehen gegen schädlichen Steuerwettbewerb vor und versuchen, den Steuerverwaltungen mehr Einblick zu verschaffen und deren Kooperationen zu stärken. Am heftigsten werden die verschärften Verrechnungs- bzw. Transferpreisleitlinien zwischen einzelnen internationalen Standorten von Grosskonzernen diskutiert, insbesondere das sog. Country-by-Country-Reporting. Kritik setzte es an verschiedenen Fronten ab: Einerseits wird der OECD vorgeworfen, dass sich die Finanzämter die Unternehmensdaten schon lange selbst hätten erarbeiten können und andererseits, dass BEPS angesichts der leeren Staatskassen als willkommener Vorwand für weltweit aggressive Steuereintreibung herhalten



Höherer administrativer Aufwand oder Schwarze Liste lauten die Optionen, wie Marcello Scarnato verdeutlicht. (Foto: ZVG/Klaus Schädler)

muss. Treiber sind Frankreich und Deutschland. Nicht so klar ist übrigens die Haltung der USA. Diese sträuben sich naturgemäss, wenn sie Dritten Transparenz über sich selbst gewähren müssen. Und zudem haben sie ja immer noch Delaware ...

Vor fast zwei Jahren hatte der Präsident von IFA Liechtenstein, Marco Felder, gesagt, dass unser Land nicht auf das BEPS-Zeitalter vorbereitet sei. Sind wir es heute?

BEPS ist für Liechtenstein die Wahl zwischen zwei Übeln: Nicht adaptieren und damit unweigerlich auf weiteren Schwarzen Listen landen oder adaptieren und sich dadurch einen weiteren administrativen Mehraufwand aufbürden. Leider haben wir keine Wahl, auch wenn das BEPS-Grundkonzept eigentlich nur eine Handvoll Konzerne unseres Landes betrifft. Die Notwendigkeit zu handeln wurde erkannt, nicht zuletzt durch die Einsetzung einer BEPS-Arbeitsgruppe durch die Regierung.

Besteht also doch die Gefahr, dass BEPS erhebliche negative Auswirkungen für Liechtenstein mit sich bringen wird? Ich denke da zum Beispiel an die vielen grenzüberschreitend tätigen Unternehmen. Weil es alle teilnehmenden Staaten gleich trifft, ist es am Ende kein Wettbewerbsnachteil. Wie weit der Regulierungswahn der EU und OECD uns noch treiben wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Kritiker bemängeln, dass Slogans wie «Besteuern, wo die Substanz ist» zwar gut klingen, aber nicht neu sind. Dies leitete sich bisher schon aus dem Drittvergleichsgrundsatz der internationalen Verrechnungspreisregeln ab. Hier führte BEPS eher zu internationalen Doppelbesteuerungstreitigkeiten. Daher müssen wir gut abwägen, was wir wie adaptieren. Stabile, nachvollziehbare Rahmenbedingungen waren schon immer ein Standortvorteil Liechtensteins.

Sie sagten, Prinzip soll es künftig sein, dass global tätige Firmen dort Steuern zahlen sollen, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Ist das nicht ein Tiefschlag für Kleinststaaten wie Liechtenstein, in denen personelle und strukturelle Ressourcen naturgemäss begrenzt sind?

Man muss tatsächlich beachten, dass unser Standort praktisch immer grenzüberschreitende Sachverhalte mit sich bringt. Wir tun gut daran, substanzhaltige Firmen anzusiedeln. Grundsätzlich haben wir mit weiteren Transparenzmassnahmen kein Problem, da Liechtenstein nichts zu verbergen hat. Im Übrigen geht es ja nicht nur um Grosskonzerne. Auch kleine und mittelgrosse Unternehmen tragen zur Erstarkung des Wirtschaftsplatzes bei. Hier bietet Liechtenstein sehr gute Voraussetzungen, die wir aber noch mehr in die Welt hinaustragen müssen. Jede Liechtensteinerin, jeder Liechtensteiner muss zum Botschafter werden für unseren Standort. Wir könnten das Tor zur EU sein wie es z. B. Hongkong oder Singapur zu Asien sind. Voraussetzung ist allerdings, dass wir den Zuzug von qualifizierten Unternehmern fördern. Es muss

ein Schlüssel gefunden werden, um hier die Attraktivität zu steigern. Denn auch KMU brauchen Humankapital, das Liechtenstein allein nicht aufbringen kann. Eine moderate, zielgerichtete Öffnung muss früher oder später auf die Agenda.

Wenn BEPS in Kraft tritt, bräuchten wir - bildlich gesprochen - Fabriken mit rauchenden Schornsteinen. Im Bereich der Industrie würden wir da platzmässig schnell an Grenzen stossen. Wie aber sieht es mit anderen Bereichen aus?

Der rauchende Schornstein ist das Paradebeispiel für die Industrie und damit für Substanz. Hier ist Liechtenstein schon sehr gut aufgestellt. Im tertiären Sektor, also dem Dienstleistungsbereich hingegen hat es platzmässig schon noch Luft nach oben. Dies zeigen auch die vielen Leerstände in Büro- und Wohngebäuden. Um diese zu füllen, braucht es aber wieder Menschen, die hier leben und arbeiten. Politisch ist dieses Thema ein heisses Eisen, ich weiss. Aber hier wird der Liechtensteiner und die Liechtensteinerin irgendwann über den eigenen Schatten springen müssen. Ohne Zuzug kein langfristiges Wachstum, das ist meine ganz einfache Prognose. Operative Unternehmen mit Substanz haben im Übrigen unabhängig von

der BEPS-Debatte bekanntermassen bereits jetzt den Vorteil, dass sie vom laufend erweiterten Netz an Doppelbesteuerungsabkommen Liechtensteins profitieren können. Man kann diese Bemühungen der Regierung nicht genug loben, trägt dies doch zur besseren Einbettung unseres Landes in die Weltwirtschaft sowie zur erwähnten Stabilität bei.

Auch wenn die Zuwanderungsfrage schwierig ist - unter dem Strich könnte man dann in der kommenden BEPS-Gesetzgebung also durchaus auch Chancen sehen?

Davon bin ich überzeugt. Transparenz ist für uns kein Thema mehr. Substanz können wir bieten, wenn wir es nur wirklich wollen. Und parallel dazu gibt es noch weitere interessante Bereiche. Ich erinnere nur an das Potenzial Liechtensteins als Standort für geistiges Eigentum. Unser IP-Box-Regime fördert bereits jetzt die Schaffung und Auswertung registrierter geistigen Eigentums durch attraktive steuerliche Konditionen. Wir haben alle Voraussetzungen, um uns als Vorzeigestandort für Forschung und Entwicklung zu positionieren, denn die kommerzielle Nutzung von Patenten und Lizenzen birgt interessante Wachstumschancen, die wir nutzen sollten.

«Ohne Zuzug kein langfristiges Wachstum, das ist meine ganz einfache Prognose.»

Hintergrund

Die 15 BEPS-Aktionspunkte

1. Besteuerung der digitalen Wirtschaft
2. Hybride Gestaltungen
3. Erarbeitung von Standards für die Hinzuverrechnungsteuerung
4. Verhinderung von Steuerverkürzungen durch Regelungen zur Vermeidung des Zinsabzugs
5. Arbeiten gegen schädlichen Steuerwettbewerb
6. Verhinderung von Abkommensmissbrauch
7. Aktualisierung des Betriebsstättenbegriffs
- 8.-10. Aktualisierung der Verrechnungspreisleitlinien
11. Entwicklung von Methoden und Regelungen, um Daten über Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen zu erlangen
12. Entwicklung von Offenlegungsregelungen für aggressive Steuerplanungen
13. Verrechnungspreisdokumentation und Country-by-Country Reporting
14. Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit in Verständigungs- und Schiedsverfahren
15. Multilaterales Instrument

Weitere Informationen: www.oecd.org/berlin/publikationen/beeps-berichte.htm

ZUR PERSON

Fachjurist für Steuerrecht

Dr. Marcello Scarnato, LL.M. (int. tax Uni.li), ist Wirtschaftsberater und Fachjurist für Steuerrecht. Der Schaaner Bürger mit Kanzlei in Triesen ist Vorstandsmitglied der Liechtensteinischen Vereinigung für Steuerrecht (IFA). Am 21. Januar organisiert IFA Liechtenstein ein BEPS-Symposium. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.ifa-fl.li. Am 9. März führt die Universität Liechtenstein eine Steuereinfachtagung durch, bei der BEPS auch Thema ist (Details auf: www.uni.li).